

lediglich im Falle Chen Guangchengs eine Urteilsrevision bekannt. Doch auch da ist fragwürdig, ob der Protestbrief derartig großen Einfluss gehabt hat, oder ob hier nicht eher interne Kritik an der lokalen Willfährigkeit ausschlaggebend war. (SCMP; 2., 24., 25.11.06; ST, 5.10., 21., 25., 27.11.06; WSJ, 3., 31.10., 3.11.06; FT, 2.11.06; www.hrw.org, 3.10.06)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Neues Weißbuch zu Raumfahrtaktivitäten

Seit 50 Jahren ist die VR China in der Raumfahrt aktiv. Zu diesem Anlass gab das Informationsbüro des Staatsrats am 12. Oktober 2006 das zweite Weißbuch mit dem Titel *China's Space Activities in 2006* heraus. Das erste Weißbuch war im Jahr 2000 erschienen.

In dem Dokument werden rückblickend auf die vergangenen fünf Jahre Entwicklungen in der chinesischen Raumfahrt aufgezeigt und Zielsetzungen für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus vorgestellt. Insbesondere bei den Zukunftsplänen wird die Einbettung der chinesischen Raumfahrtindustrie in das 11. Fünfjahresprogramm und die „Nationalen Richtlinien für mittel- und langfristige Pläne für die wissenschaftliche und technologische Entwicklung 2006-2020“ deutlich (vgl. C.a., 1/2006:115-116). Dabei steht der anvisierte Beitrag zur Strategie eigenständiger, auslandsunabhängiger Innovationen für eine internationale Spitzenpositionierung im

Vordergrund.

Bei der Zielsetzung des chinesischen Raumfahrtprogramms wird der Blick somit nach außen und nach innen gerichtet. Während die Autoren immer wieder auf die friedliche Mission der chinesischen Raumfahrt und ihren Beitrag zur Entwicklung eines Raumfahrtprogramms für die ganze Menschheit hinweisen, ändert sich der Tenor im nachfolgenden Kapitel „Ziele und Prinzipien der Entwicklung“. Dort wird der strategische Nutzen der Raumfahrt für China in einer Steigerung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Stärke sowie für die nationale Verteidigung gesehen.

Der internationalen Raumfahrtkooperation wird in dem neuen Weißbuch erneut ein eigenes Kapitel gewidmet. Darin werden erfolgreiche Gemeinschaftsprojekte ausführlich vorgestellt und künftige detailliert aufgeführt. Im letzten Weißbuch war dieses Kapitel deutlich oberflächlicher und allgemeiner behandelt worden. Wie dem jüngsten Dokument zu entnehmen ist, dürfte die internationale Zusammenarbeit ebenfalls primär dem übergeordneten Ziel der technologischen Unabhängigkeit durch eigenständige Innovationen dienen. Dies habe nach Meinung der Autoren im Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre beim Aufbau eines eigenen Raumfahrtprogramms bereits erfolgreich umgesetzt werden können.

Zu den wichtigsten Projekten, die bereits verfolgt werden oder zukünftig verwirklicht werden sollen, zählen die Entwicklung neuer Trägerraketen, eines hochauflösenden Erdbeobachtungssystems, eines Bodensystems für Fernerkundungssatelliten, geostationärer Telekommunikati-

onssatelliten und technologisch neuer Testsatelliten. Darüber hinaus sollen Mondproben gesammelt werden und verstärkt Weltraumgänge von Astronauten durchgeführt werden.

Sun Laiyan, Direktor des Staatlichen Raumfahrtverwaltungsamtes, das der Staatlichen Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie im Verteidigungswesen, also einem Organ des Staatsrats auf Ministerialebene, zugeordnet ist, betonte bei der Präsentation des Weißbuchs, dass trotz der immensen Fortschritte im Aufbau eines eignen Raumfahrtprogramms noch sehr viele Anstrengungen unternommen werden müssten. Das Entwicklungspotenzial werde auch beim Vergleich der staatlichen Ausgaben mit den USA deutlich. So würden die chinesischen Ausgaben bislang nur ein Zehntel des Budgets der US-amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA betragen. (www.china.org.cn, 15.10.06; www.cnsa.gov.cn, 28.11.06; FT, 13.10.06; WSJ, 12.10.06)

Studentenproteste an privaten Hochschulen

Das Protestpotenzial von Absolventen privater Hochschulen, die eine Benachteiligung bei ihrer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt fürchten, scheint ungebrochen. Erst im Juni 2006 war der internationalen Berichterstattung zu entnehmen, dass mehrere Tausend Studenten einer privaten Hochschule in der Provinz Henan protestiert hatten. Die Existenz ähnlicher Vorfälle mit geringerer Beteiligung deuteten sich an (vgl. C.a., 4/2006:66-80). Im Berichtszeitraum Oktober bis November 2006 berichteten Hongkonger Medien

nun von einer weiteren großen Protestaktion.

Am 21. Oktober 2006 sollen bis zu 10.000 Studenten in der Provinzhauptstadt von Jiangxi, Nanchang, aus Sorge um eine Degradierung ihres akademischen Titels randaliert haben. Bei den gewaltsamen Protesten habe es dem Hongkonger Informationszentrum für Menschenrechte und Demokratie zufolge mehrere Verletzte und Verhaftungen gegeben. Der Verlauf lässt sich anhand der Berichterstattung folgendermaßen rekonstruieren: Die Studenten des Ganjiang Instituts of Technology und des Institute of Fashion College haben von einer Vorgabe des Bildungsministeriums Kenntnis genommen. Demnach solle einer weit verbreitenden Praxis staatlicher Hochschulen Einhalt geboten werden, Studenten, die die staatlichen Aufnahmetests für Universitäten nicht bestanden haben, angeblich gleichwertige Abschlüsse an privaten, gebührenpflichtigen Niederlassungen der Hochschulen zu bieten. Nach Ansicht des Bildungsministeriums seien solche Abschlüsse keineswegs gleichwertig mit denen einer tertiären Bildungseinrichtung, sondern seien äquivalent zu einem Diplom einer Bildungseinrichtung auf dem Niveau der Sekundarstufe II. Die Studenten sollen befürchtet haben, dass, wie an der Hochschule in der Provinz Henan geschehen, die mit hohen Studiengebühren erkaufte Zusage für eine gleichwertige Diplomurkunde auch in ihren Hochschulen rückgängig gemacht werden.

Berichte dieser Art drängen die Schlussfolgerung auf, dass erstens die Bildungsqualität von an staatlichen Hochschulen angegliederten privaten Bildungseinrichtungen nicht unbedingt mit den „Mutter“-

Universitäten gleichgesetzt werden kann. Zweitens sind entsprechend hohe Studiengebühren dort nicht berechtigt. Drittens nehmen Studenten den Druck auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen als so hoch wahr, dass hohe Studiengebühren in Kauf genommen werden, um die Arbeitsmarktchancen zu verbessern. Allerdings werden selbst befürchtete schlechtere Arbeitsmarktchancen aufgrund falscher Versprechungen immer häufiger nicht einfach so hingegenommen (vgl. C.a., 3/2006:132-133). (SCMP, 26.10., 23.11.06; *Apple Daily* website, 27.10.06, nach BBC PF, 28.10.06)

Bildungsinvestitionen und mehr Berufsschüler in Sekundarstufe II

Nach den Plänen des Bildungsministeriums, die Ende Oktober 2006 bekannt wurden, soll die Zahl der Schulanfänger in den Berufsschulen der Sekundarstufe II (10.-12. Schuljahr) im Jahr 2007 auf 8 Mio. erhöht werden. Im Vergleich zum Vorjahr wäre dies eine Steigerung um 500.000. Dies würde bedeuten, dass die Schulanfängerzahlen in den beruflichen Mittelschulen der Oberstufe und den allgemeinbildenden oberen Mittelschulen, also in der Sekundarstufe II, angeglichen würden. Im Jahr 2005 immatrikulierten sich 6,5 Mio. Schüler in den beruflichen Mittelschulen. In die oberen Mittelschulen wechselten von der Sekundarstufe I 8,7 Mio. Schüler. Trotz der Erhöhung der Berufsschülerzahlen an Mittelschulen liegt die Beschäftigungsrate der Absolventen von beruflichen Mittelschulen im Gegensatz zu den Hochschulabsolventen seit zwei Jahren bei 90% und höher.

Zur Verbesserung der Bildungsqualität wird nach Berichten der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua ebenfalls in Erwägung gezogen, für alle berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe I und II (7.-12. Schuljahr) ein neues, einheitliches Unterrichtssystem einzuführen. So würde die Hälfte der Unterrichtszeit zum Erlernen der Theorie in den Klassenräumen verbracht werden. In der anderen Hälfte der Zeit werde Berufspraxis in Fabriken und Unternehmen erworben.

Eine solch starke Praxisorientierung wird bislang nur in den Facharbeiterschulen gewährleistet, bei denen das Verhältnis zwischen theoretischen und praktischen Bildungsinhalten ebenfalls bei 50:50 liegt. Der praktische Teil wird jedoch nur teilweise in Unternehmen und Fabriken, also tatsächlich praxisnah, absolviert.

Zur Unterstützung der Berufsbildung auf sekundärer und tertiärer Ebene sollen nach Angaben des stellvertretenden Bildungsministers, Wu Qidi, in den nächsten fünf Jahren Investitionen mit einem Volumen von 1,4 Mrd. CNY getätigt werden. Damit würden 2.000 Trainingszentren, 1.000 Berufsbildungszentren auf Bezirksebene und 1.000 Berufsschulen auf mittlerer und 100 auf höherer Ebene aufgebaut werden, so Wu. Das Bildungsministerium werde außerdem 2 Mio. Berufsschullehrer ausbilden. Dies würde eine enorme Erhöhung der Zahl der Berufsschullehrer bedeuten. Im Jahr 2005 waren an berufsbildenden Schulen der Sekundar- und Tertiärstufe 790.268 Lehrer in Vollzeit beschäftigt.

Abgesehen von der Ankündigung neuer Investitionen im Berufsbildungssystem sind zur Verbesserung des Angebots an qua-

lifizierten Arbeitskräften am 1. Oktober 2006 neue Regularien des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherung in Kraft getreten. Diese berechtigen ausländische beruflichsbildende Bildungseinrichtungen zur Kooperation mit chinesischen Partnern. Chinesische Berufsausbilder mit ausländischen Investitionspartnern müssen demnach mindestens 200 Auszubildende haben; Anlageninvestitionen und eingetragenes Kapital der Kooperationspartner müssen höher als 500.000 CNY sein. (XNA, 25.10., 23.11.06; Xinhua, 18.8.06; *China Statistical Yearbook 2006*)

Gesellschaft

Günter Schucher

Wachsende Ungleichheit

Dass die Ungleichheit in China weiter wächst, ist seit langem bekannt und wurde durch neuere Publikationen erneut bestätigt. So stieg der GINI-Koeffizient, ein international anerkannter Maßstab für Ungleichheit, nach Angaben des *UN Human Development Reports 2005* bis Ende 2004 auf 0,45, wobei 0,4 als kritische Grenze gilt. Die ärmsten 20% der Chinesen nehmen dabei nur 4,7% des gesamten Einkommens mit nach Hause, während die reichsten über 20% über 50% des Einkommens verfügen.

Nach Untersuchungen des Economic Research Institute bei der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Städter im Jahr 2005 10.493 CNY, das der Bauern nur 3.255

CNY. Das Einkommen der Städter lag damit nicht nur um das 3,2-fache höher, die Differenz ist auch seit 1995 noch gestiegen (damals betrug sie das 2,8-fache).

Bereits diese Angaben stellen den Erfolg des Vorhabens von Staatspräsident Hu Jintao in Frage, die Einkommensunterschiede abzubauen, das bei der Vorstellung des Programms zur „harmonischen Gesellschaft“ erneut betont wurde. Chinas Wirtschaftsreformen sollen „nicht geteilte Armut“ in „ungleichen Wohlstand“ verwandeln, erklärte Hu noch im letzten Mai; alle Chinesen sollen Nutzen von den Reformen haben.

Eine jüngste Untersuchung der Weltbank erschütterte jetzt noch eine weitere Vorstellung, dass nämlich trotz größer werdenden Differenzen letztlich doch das Einkommen aller steigt – oder: „rising tide lifts all boats“. Nach dieser Analyse nahm in den Jahren 2001 bis 2003 das Realeinkommen der ärmsten 10 Prozent in China um 2,4% ab, während die Wirtschaft um knapp 10% pro Jahr wuchs. Im gleichen Zeitraum stieg das Einkommen der reichsten 10 Prozent um über 16%. Die Gründe für das sinkende Einkommen sind dabei noch unklar. (ST, 23.11.06; XNA, 1.10.06)

Mehr Rechte für Wanderarbeiter?

„Sie sind ein Teil von uns“, wird einer der stellvertretenden Bürgermeister Beijings in der *Beijing Star Daily* zitiert. Ji Lin spricht von den 3,57 Mio. Wanderarbeitern in der chinesischen Hauptstadt (24% der 15 Mio. Einwohner) und berichtet davon, dass die Stadt eine Änderung des Aufenthaltsrechts,